

Medienmitteilung der Limmattaler Wirtschaftsverbände

Zwei Mal Nein und zwei Mal Ja am 14. Juni 2015

Die Limmattaler Wirtschaftsverbände erteilen der Einführung einer eidgenössischen Erbschaftsteuer eine klare Absage. Auch die Änderung des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen (RTVG) und damit die Einführung einer Mediensteuer lehnen die Verbände ab. Zwei Mal Ja sagen die Limmattaler Wirtschaftsverbände zu den beiden Volksinitiativen „Ja zu fairen Gebühren im Kanton“ und „Ja zu fairen Gebühren in den Gemeinden“, welche vom Kantonalen Gewerbeverband Zürich KGV zusammen mit dem HEV Kanton Zürich lanciert wurden.

Am 14. Juni gelangt die **Volksinitiative „Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuerreform)“** zur Abstimmung. Die Initiative will Erbschaften über zwei Millionen Franken mit 20 Prozent besteuern. Zwei Drittel der neuen Einnahmen würden bei einer Annahme für die Finanzierung der AHV eingesetzt, ohne dass deren strukturellen Probleme auf diese Weise gelöst werden könnten. Durch die Einführung einer Erbschaftssteuer verlören die Kantone zudem ihre Steuerhoheit und Handlungsfreiheit. Die Initiative schafft vor allem erhebliche Schwierigkeiten für Schweizer Unternehmen. Der Generationenwechsel ist bereits heute anspruchsvoll für die Familien und das Unternehmen. Die Initiative verspricht zwar Erleichterungen für Unternehmen, konkrete Zahlen sucht man im Initiativtext aber vergeblich. Da die meisten Unternehmer zudem einen Grossteil ihres Vermögens in ihrem Unternehmen investiert haben, ist oftmals gar nicht genug frei verfügbares Kapital vorhanden, um solch eine Steuer zu begleichen. Zudem würde durch die in der Initiative geforderte rückwirkende Einführung der neuen Steuer Rechtsunsicherheit entstehen und der Standort Schweiz würde geschwächt. Die Limmattaler Wirtschaftsverbände sagen zu dieser wirtschaftsfeindlichen Initiative klar Nein.

Ebenfalls ein klares Nein sprechen die Limmattaler Wirtschaftsverbände zur „**Änderung des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen (RTVG)**“ aus. Mit dem neuen Radio- und Fernsehgesetz soll allen Firmen ab einem Umsatz von CHF 500'000.- eine generelle Billag-Mediensteuer auferlegt werden. Unternehmer würden als Privatpersonen und im Unternehmen gleich doppelt zur Kasse gebeten werden. Es liegt jedoch in der Natur der Sache, dass nur natürliche Personen Radio und Fernsehen konsumieren können, mit Sicherheit aber nicht Firmen. Mit der Billag-Mediensteuer lassen sich zudem der Bundesrat und die SRG einen Freipass ausstellen. Völlig intransparent und ohne dass das Volk etwas zu sagen hat, könnte die Steuer in Zukunft unbeschränkt erhöht werden. Der Schweizerische Gewerbeverband sgV hat gegen die Billag-Steuer folgerichtig das Referendum ergriffen, damit das Volk das letzte Wort in diesem Sachgeschäft hat.

Auf **kantonomer Ebene** sagen die Limmattaler Wirtschaftsverbände deutlich zweimal Ja zu den beiden Volksinitiativen «**JA zu fairen Gebühren im Kanton**» und «**JA zu fairen Gebühren in den Gemeinden**», welche vom Kantonalen Gewerbeverband Zürich KGV

und vom Hauseigentümerverband des Kantons Zürich HEV gemeinsam lanciert wurden. Die kantonalen Gebühren und Gebühren auf Gemeindeebene spülen jährlich rund sieben Milliarden Franken in die Kassen des Kantons Zürich und seiner Gemeinden. Parlament und Volk können – anders als bei den Steuern – bei Gebührenerhöhungen nicht mitreden. Deshalb ist es für Regierung und Verwaltung viel zu einfach, Gebühren zu erhöhen. Die beiden kantonalen Volksinitiativen «JA zu fairen Gebühren» verlangen, dass alle Gebühren in einem Katalog erfasst werden. Dieser muss vom Parlament oder vom Volk alle vier Jahre abgesegnet werden. Die Initiative erzeugt mehr Transparenz und eine höhere demokratische Legitimation. Vor allem gibt sie dem Souverän die Möglichkeit, dem Gebührenwachstum Schranken zu setzen.

Die Abstimmungsempfehlungen der Limmattaler Wirtschaftsverbände im Überblick:

Nationale Vorlagen:

1. Volksinitiative „Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV (Erbchaftssteuerreform)“: **Nein**
2. Änderung des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen (RTVG): **Nein**

Kantonale Vorlage:

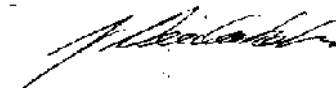
Kantonale Volksinitiativen «JA zu fairen Gebühren im Kanton» und «JA zu fairen Gebühren in den Gemeinden»: **2 x Ja**



Dr. Andreas Geistlich
Co-Präsidenten Wirtschaftskammer Schlieren



Hans Streuli
Präsident Gewerbeverband Limmattal



Dr. Josef Wiederkehr
Präsident Industrie- und Handelsverein Dietikon



Gregor Biffiger
Präsident Gewerbeverband Limmattal